

Gefährdete Freiheit

Von Renate Hackel-de Latour

Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen“, ist ein dem französischen Aufklärer Voltaire zugeschriebener Satz. Die in § 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgeschriebene Freiheit der Meinung, der Meinungsäußerung und der Presse als grundlegendes Menschenrecht hätte Voltaire sicher bejubelt. Ein freier und unabhängiger Journalismus ist jedoch in vielen Ländern der Welt auch heute nicht Realität. Die aktuelle Publikation der Unesco zu den globalen Trends in der Medienentwicklung „World Trends in Freedom of Expression and Media Development“ (vgl. Unesco 2014) weist auf widersprüchliche Entwicklungen in der internationalen Medienlandschaft hin. Autokratische Tendenzen schränken in vielen Ländern die Freiheit der Medien ein. Dort steht Zensur, aber auch Selbstzensur – als vorauseilender Gehorsam – auf der Tagesordnung. Journalist_innen werden verfolgt, sitzen im Gefängnis oder werden ermordet. Aber nicht nur in Ländern, in denen die kommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen offensichtlich mit Füßen getreten werden, werden die Medien bei ihrer Informationsarbeit behindert. Auch in freien Gesellschaften ist die Medienfreiheit bedrängt: durch Medienkonzentration, das Vordringen von Public Relations in den Journalismus oder durch neue Technologien, die die Massenüberwachung, wie z. B. in Deutschland mit der Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, möglich machen. Und: Welche Positionen, Diskurse und Meinungen sich in der maschinell gesteuerten IT-Öffentlichkeit durchsetzen, entscheiden zunehmend intransparente Algorithmen und Roboterprogramme (Social Media Bots).

Medienfreiheit kann nicht verordnet werden, sondern ist ein Grundrecht, dessen Wert jedem Einzelnen bewusst sein muss und das sich alle Glieder der Gesellschaft aktiv aneignen müssen, um sowohl politisch wie sozial verantwortungsvoll handeln zu können. In der aktuellen Ausgabe hat *Communicatio Socialis* die Freiheit der Kommunikation zum Schwerpunkt gemacht. Eingangs stellt Horst Pöttker zwölf Thesen zur Kommunikationsfreiheit im digitalen Zeitalter auf. Einerseits tragen

Dr. Renate Hackel-de
Latour ist Akademische
Direktorin am
Studiengang
Journalistik der
Katholischen
Universität Eichstätt-
Ingolstadt und
Redakteurin von
*Communicatio
Socialis*.

neue Kommunikationstechnologien dazu bei, die Vielfalt in der Medienlandschaft zu erhöhen und mehr Menschen Zugang zu Medien zu verschaffen; andererseits bergen sie das Potenzial, dass u. a. in sozialen Netzwerken rechtliche und berufsethische Schranken der Pressefreiheit unterlaufen werden. Erforderlich ist daher ein intensiver öffentlicher Diskurs ebenso wie durch Medienpädagogik gestützte kulturelle Lernprozesse.

In diesem Kontext steht auch der Beitrag von Peter Kirchschläger, der das Spannungsfeld zwischen der Informations- und Meinungsfreiheit einerseits und dem Schutz der Privatsphäre andererseits durch rassistische und ausländerfeindliche Äußerungen oder Hassrede zunehmend strapaziert sieht. In seinem Lösungsansatz gilt es, die Menschenrechte als einen unteilbaren sozialetischen Referenzrahmen zu begreifen. Wer Informationen verbreitet, muss sich fragen, wie gewissenhaft das geschieht, denn Pressefreiheit ist nicht nur ein Recht sondern auch eine Pflicht. Dazu gehört es, Themen nicht zu vernachlässigen. Dass es aber Mechanismen gibt, die dazu führen, dass bestimmte gesellschaftlich relevante Nachrichten ausgeblendet werden, steht bei Hektor Haarkötter im Fokus. Er befasst sich u. a. mit Agenda Cutting, journalistischem Mainstreaming und fehlender Diversity in Medienberufen.

Mit einem Bündel an Aktivitäten reagiert die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ auf Bedrohungen für die Pressefreiheit. Auf die unterschiedlichen Problemlagen in autoritären Staaten und Transformationsländern geht Christian Mihr ebenso ein wie auf jene in etablierten Demokratien. Komplettiert wird dieser Überblick durch Erfahrungsberichte von sechs Journalistinnen bzw. Mitarbeiterinnen verschiedener Medienprojekte. Sie bieten Einblicke in die Arbeitssituation von Journalist_innen in Mali, Mexiko, Myanmar, Polen, der Türkei und der Ukraine. Dabei sind viele Rückschläge aber auch Fortschritte zu verzeichnen.

Einer der Beiträge in der Rubrik *Kommunikation in Kirche und Gesellschaft* widmet sich ebenfalls dem Schwerpunktthema. Darin fragt Christoph Böttigheimer u. a. was die Freiheit des Wortes im Kontext von Kirche und Religion impliziert.

Literatur

Unesco (2014): *World Trends in Freedom of Expression and Media Development*. Paris https://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kommunikation/World_Trends_in_Freedom_of_Expression_and_Media_Development.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.11.2016).